

hinweg“ zu unterwerfen. Durch vielfältige Methoden der ideologischen Diversion suchte die reaktionäre westdeutsche Kirchenführung die religiös gebundenen Bürger der DDR in Widerspruch zu ihrem sozialistischen Staat zu bringen. Die Entwicklung seit dem VI. Parteitag hat eindeutig unter Beweis gestellt, daß alle Versuche, die Politik des Grauen Planes und der Alleinvertretungsanmaßung des Bonner Regimes unter der Flagge der westdeutschen NATO-Kirche in die Deutsche Demokratische Republik zu tragen, zum Scheitern verurteilt sind. Bestimmte kirchenleitende Kräfte in der DDR, die dem Drude der westdeutschen Militärkirche unterliegen und sich zum Sprecher ihrer reaktionären Politik machen, isolieren sich mehr und mehr von den christlichen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und der Mehrheit der vernünftig denkenden kirchlichen Amtsträger, die zu der festen Überzeugung gelangt sind, daß die dem Frieden und dem sozialen Fortschritt dienende Politik unserer Partei mit ihren eigenen Interessen übereinstimmt.

Die Wahlen zur Volkskammer und zu den örtlichen Volksvertretungen

Das auf dem VI. Parteitag beschlossene Programm enthält auch wichtige Grundsätze zum Ausbau unseres Wahlsystems. Davon ausgehend beriet das 3. Plenum des Zentralkomitees über Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Grundsätze. Mit dem Gesetz über die Wahlen zu den Volksvertretungen und der Wahlordnung vom 31. Juli 1963 schufen Volkskammer und Staatsrat die rechtlichen Grundlagen für ein einheitliches sozialistisches Wahlrecht, das dem erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung entspricht. Das Wahlgesetz übertrug die Leitung der Wahlen demokratisch gebildeten Wahlkommissionen, die nach dem Grundsatz arbeiten: „Das Volk leitet seine Wahlen selbst.“ Es regelt rechtlich die systematische Erneuerung der personellen Zusammensetzung der Volksvertretungen. Um noch engere Beziehungen zwischen Abgeordneten und Wählern herzustellen, wurden die Wahlkreise verkleinert.

a) Die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen

Den Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen am 20. Oktober 1963 ging eine breite Wahlbewegung voraus, die von den begeisterten Ideen des Programms des Sozialismus erfüllt war und die alle Schichten der Bevölkerung ergriff. Unter der Losung: „Die Republik braucht alle